

Autor: MICHAEL JANJANIN CHIRIN KOLB HANS-ULI
MAYER THOMAS STEIBADLER

Gattung: Tageszeitung

Seite: 17

Auflage: 297.447 (gedruckt) 279.603 (verkauft)
286.568 (verbreitet)

Ressort: Ulm und Neu-Ulm

Reichweite: 0,77 (in Mio.)

Briefe entzweien Basis der Union

Reaktionen in CDU und CSU auf Stellungnahmen zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin

Zwei offene Briefe in Sachen Flüchtlinge an die Kanzlerin beschäftigen derzeit die CDU. Wir haben örtliche Funktions- und Mandatsträger gefragt, welchen von beiden Briefen sie unterschreiben würden.

36 Landräte und Oberbürgermeister aus dem Südwesten haben der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik den Rücken gestärkt. "Wir schaffen das" ist Angela Merkels Credo, "wir schaffen das" schreiben auch die OB und Landräte, darunter Heinz Seiffert vom Alb-Donau-Kreis. Deren Brief ist eine Antwort auf ein Schreiben von 34 CDU-Funktionären, die Merkels Flüchtlingspolitik scharf kritisieren.

Gunter Czisch "Ich würde den Brief der CDU-Landräte und Oberbürgermeister aus Baden-Württemberg unterzeichnen", sagt der Ulmer Finanzbürgermeister und OB-Kandidat Gunter Czisch. In dem Brief würden viele konkrete Maßnahmen aus der kommunalen Praxis vorgeschlagen, wie schnellere Asylverfahren und eine zügige Rückführung abgelehnter Flüchtlinge, er sei deshalb ein konstruktiver Beitrag. Czisch hat "sehr großes Verständnis" für die Verunsicherung der Bürger angesichts hoher Flüchtlingszahlen. "Sie erwarten von der Bundesregierung Orientierung und konkrete Maßnahmen." Er hält aber nichts davon, die Grenzen wieder dichtzumachen, weil dies die Menschen nicht abhalten werde. Entscheidend sei für ihn, dass die europäischen Regelungen eingehalten werden: dass also auch andere Länder sich stärker an der Unterbringung beteiligen.

Bertram Holz Der Ulmer Stadtverbandsvorsitzende Bertram Holz tut sich schwer mit der Frage, welchen Brief er unterschreiben würde. "Ich tendiere zu den Unseren", sagte er und meint damit den Brief aus dem Südwesten. Er schränkt aber ein, "dass wir an der Grenze des Machbaren fast angelangt sind", womit er sich eher in der Nähe der Kritiker befindet. Humanitäre Gesichtspunkte gelten seiner Meinung

nach nicht uneingeschränkt. Holz jedenfalls zieht die Grenze da, wo es um die Unterscheidung zwischen denen geht, die um "Leib und Leben fürchten", und jenen, "die sich bei uns ein besseres Leben erhoffen". Also zwischen denen, die "tatsächlich verfolgt" werden, und jenen, "die zurückgeführt werden sollen".

Thomas Kienle Der Fraktionschef im Ulmer Gemeinderat und Landtagskandidat, Thomas Kienle, will sich nicht eindeutig auf die eine oder andere Seite schlagen. Die Briefe kenne er nicht im Wortlaut, hält aber eine an der Menschlichkeit ausgerichtete Politik für richtig. Doch die habe Grenzen, so wie das Asylrecht zwar auf dem Papier keine Grenzen kenne, "in der Praxis aber schon". Er sieht Deutschland in einer notbedürftigen Situation wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr und verlangt an Belastbarkeit und Verträglichkeit orientierte Entscheidungen. "Ansonsten vergebe ich keine Haltungsnoten."

Gerold Noerenberg Der Neu-Ulmer OB würde keinen der Briefe unterschreiben. Ihm ist zu viel Ideologie und zu wenig Realitätsbezug in der Diskussion. Er rät zu differenzierter Betrachtung. "Wir müssen mit den Flüchtlingen, die hier sind, gut umgehen. Geht die Entwicklung aber in dem Tempo weiter, werden wir riesige Probleme bekommen." Nicht nur wegen mangelnder Unterbringungs- und Wohnmöglichkeiten, sondern auch wegen schwindender Akzeptanz in der Bevölkerung. "Wir müssen auf Besorgte zugehen und sie mitnehmen."

Jens Kaiser "Den Brief, den auch der Landrat unterschrieben hat", würde Jens Kaiser, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Alb-Donau-Kreistag, unterzeichnen. "Als eines der reichsten Länder der Welt

kann man das stemmen." Mit der Einschränkung, dass die Flüchtlingszahlen nicht wie bisher rasant ansteigen. Kaiser, der auch Bürgermeister von Illerrieden ist, begrüßt die strengeren Regelungen des Asylrechts zum 1. November. Besonders wichtig sei, dass die von der Politik verbreitete Zuversicht der Realität vor Ort standhalte.

Ronja Schmitt Die auch für Ulm und den Alb-Donau-Kreis zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete Ronja Schmitt würde weder den einen noch den anderen Brief unterschreiben. Inzwischen seien eine ganze Reihe an Maßnahmen beschlossen, um schnell und wirkungsvoll entgegenzusteuern. Für sie sei es für die nächsten Wochen ein wichtiges Anliegen, dass ein "effektiver Grenzschutz" hergestellt werde und die Sicherheitslage stärker in den Fokus gerückt werde.

Thorsten Freudenberger Der Landrat des Kreises Neu-Ulm (CSU) teilt die Politik der Kanzlerin nicht. "Zuerst wurden wir Kommunalpolitiker monatelang ignoriert, als wir schnellere Asylverfahren gefordert und auf europäische Lösungsansätze gedrängt haben." Nun sei man mit den Folgen einer unkontrollierten Grenzöffnung konfrontiert, "allen voran in Bayern". Er stehe mit voller Kraft zur humanitären Verantwortung. Es müsse aber möglich sein, eine humane Unterbringung und die spätere Integration zu schaffen. "Und hier stoßen wir nun an Grenzen." Man bekomme nicht einmal die deutschlandweit gerechte Verteilung der Menschen hin, die europäische erst recht nicht. "Das stimmt mich alles sehr nachdenklich."

Wörter:

691

Ort:

Ulm/Region

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH